Einzelpreis 20 Pfg. · 4. Jahrgang · Donnerstag, 15. September 1921 · Nummer 432 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bezw. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 90 M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6,— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Internationale Katastrophenwirtschaft

Die Folgen der Valutaspekulation

EE. London, 15. September.

Die heutige „Daily Mail" schreibt an leitender Stelle: Die ausländischen Valuten sanken gestern neuerdings an der Londoner Börse. **Mit diesem Kurssturz steht die Arbeitslosigkeit, die in England herrscht, in engem Zusammenhange.** Denn die kontinentalen Märkte sind **dem englischen Außenhandel vollkommen verschlossen,** namentlich Deutschland ist nicht mehr imstande, auf englischen Märkten zu kaufen. Dagegen bereitet Deutschland dem englischen Handel in ganz Europa die größte Konkurrenz, denn der Tiefstand der Mark ermöglicht es ihm, zu weit billigeren Preisen zu verkaufen. Die Arbeitslosigkeit ist eine ruinöse Bürde für den englischen Steuerzahler, weil dieser für die Arbeitslosenunterstützung aufkommen muß. Man habe allerlei untaugliche Versuche gemacht, die Arbeitslosenfrage zu lösen, man habe Ministerkomitees eingesetzt und Notstandsarbeiten ins Auge gefaßt. Was aber auch die Regierung beschließen möge — alles werde vergeblich sein, solange man nicht Mittel und Wege findet, den internationalen Kredit wiederherzustellen, daß der Handel wieder aufleben kann.

Die „Daily Mail" befragte eine Reihe von Industriellen über die gegenwärtige Krise. Aus den Antworten sei die von Harald Bowden, dem Präsidenten der Raleigh Cycle Comp. in Nottingham wiedergegeben, die ausführt:

„Wenn die Valuten wieder auf ihren normalen Stand gerieten, könnten die Engländer die deutsche Konkurrenz ertragen. Gegenwärtig aber sei es unmöglich, diese Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen. Die skandinavischen Länder könnten überhaupt keine englischen Fabrikate mehr kaufen. Die Deutschen haben überall in den skandinavischen Ländern ihre Agenten und verkaufen dort ihre Waren. Diese kommen aus den neutralen Ländern nach England, wo man sie für — neutrale Fabrikate erklärt. Man müsse von einem **Zusammenbruch des englischen Außenhandels** sprechen, durch den die Arbeitslosigkeit in England herbeigeführt würde. Nur wenn es gelänge, die internationalen Kurse wieder ins Gleichgewicht zu bringen, könne sich der englische Außenhandel wieder erheben.

Der Präsident der Vereinigung englischer Industrieller, Peter Rylands, erklärte, daß der Sturz des Markkurses der größte Vorteil für Deutschland sei. Dieser Vorteil könnte Deutschland nur genommen werden, wenn die Mark wieder ihren normalen Stand einnehme, wodurch die gegenwärtigen Schwierigkeiten des englischen Handels überwunden werden könnten."

Wir haben von vornherein vorausgesagt, daß die ungeheuren Reparationsleistungen diese Folgen zeitigen müssen, die jetzt in England beobachtet und beklagt werden. Die Reparationserfüllung ist der ursächliche Grund für den Sturz der Mark, die gleichzeitig einer wüsten und gewissenlosen Spekulation in Deutschland die Bahn freigemacht hat, durch deren Wirkungen allerdings eine weitere Senkung des Kurses hervorgerufen wurde. Es ist ein Irrtum, wenn die englischen Handelskreise annehmen, diese katastrophale Entwicklung sei ein Vorteil für Deutschland. Nur wenige skrupellose Schieber und Spekulanten haben einen Gewinn davon, während die Masse der Bevölkerung in Deutschland nicht weniger darunter leidet als in England.

Dagegen ist es vollkommen richtig, daß „untaugliche Versuche" zur Besserung der Lage nichts helfen. Solange die Lösung des Reparationsproblems auf dem von den Mächten der Entente begangenen Wege versucht wird, werden sich alle Versuche zur Abwendung der auch für die Siegerstaaten vernichtenden Folgen als untauglich erweisen. Die Arbeiterschaft hat das vorher gewußt und vorausgesagt. Sie hat im Reparationsprogramm der Internationalen Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft und des Internationalen Gewerkschaftsbundes den Weg gewiesen, der gegangen werden muß, wenn das Elend ohne Ende vermieden werden soll.

Die deutsche Arbeiterklasse, die sich in diesen Fragen völlig einig fühlt mit ihren in gleicher Weise leidenden Klassengenossen in den westlichen Ländern, wird weiterhin ihren Einfluß aufbieten, um im Innern Deutschlands dafür zu sorgen, daß dem verantwortungslosen Treiben eines parasitischen Spekulantentums Einhalt geboten wird, und daß die besitzenden Klassen in weit höherem Maße als bisher zur Leistung der Reparationsverpflichtungen herangezogen werden. Die Genossen in England und Frankreich aber werden gleichzeitig keine Anstrengung unterlassen dürfen, um die Revision der Reparationspolitik ihrer Regierungen durchzusetzen, die im Interesse der proletarischen Lebenshaltung und der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer eigenen Länder notwendig ist.

Lloyd George und die Arbeitslosigkeit

EE. London, 15. September.

Die Bürgermeister der zwölf Arbeiterviertel Londons, die gestern nachmittag Lloyd George telegraphiert hatten, daß sie ihn am 19. September in Inverneß aufsuchen würden, um mit ihm die Arbeitslosenfrage zu erörtern, erhielten gestern folgendes Antworttelegramm:

„Der Ministerpräsident gibt die Anregung, daß die Konferenz mit dem Ministerkomitee, daß die Arbeitslosenfrage erörtere, erledigt werden solle."

Auf dieses Telegramm richteten die Bürgermeister ein Antworttelegramm an Lloyd George, worin sie erklärten, daß sie **auf ihrem Vorhaben bestehen und unbedingt mit ihm die Arbeitslosenkrise besprechen wollen.** Sollte Lloyd George am nächsten Montag nicht mehr in Inverneß sein, würden die Bürgermeister, wenn es nötig wäre, nach Gairlach kommen.

Die Wahlen in Thüringen

Ein sozialistisch-kommunistische Mehrheit

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

Die Thüringer Landtagswahlen haben eine parlamentarische Mehrheit der drei Arbeiterparteien gezeitigt: U. S. P., S. P. D. und Kommunistische Partei verfügen über 28 Mandate, gegen 26 Vertreter der gesamten bürgerlichen Parteien.

Nach der Stimmenzahl, die beide Lager auf sich vereinigten, erscheint die Mandatverteilung merkwürdig; die 332 600 Stimmen der bürgerlichen Parteien kommen an die 336 700 der drei proletarischen Parteien nahe heran und doch entfallen auf sie zwei Mandate weniger. Das findet seine Erklärung darin, daß auf bürgerlicher Seite die Zersplitterung der Kräfte noch größer war als in der Arbeiterklasse. Zu den Listen der Demokraten, der Deutschen und Deutschnationalen Volkspartei und des Landbundes, kam noch das Zentrum und im Altenburger Gebiet eine kleinbürgerliche Wirtschaftsgruppe, die es beide zusammen auf rund 12 000 Stimmen brachten. Das hat den bürgerlichen Parteien den Verlust eines Mandats eingetragen.

Ein weiterer günstiger Zufall für die Arbeiterparteien besteht darin, daß die Rechtssozialisten die verbleibenden Reststimmen bis zum äußersten ausnutzen konnten; sie gewannen ihr dreizehntes Mandat mit etwas über 9000 Stimmen. Auf diese Momente ist das Zustandekommen der sozialistisch-kommunistischen Mehrheit zurückzuführen. Der Wahlteufel hat der Reaktion einen bösen Streich gespielt. Die Zerschmetterung des „roten Thüringen" ist, wenn die drei Arbeiterparteien klug sind und aus den Ereignissen gelernt haben, in weitester Ferne gerückt.

Der Verlust der U. S. P. an Stimmen und Mandaten erklärt sich aus der Spaltung der Partei. In den ersten Thüringer Landtag zog die U. S. P. mit 182 000 Stimmen und 15 Mandaten. Zählt man Mandate und Stimmen der U. S. P. und K. P. D. nach der Wahl vom 11. September 1921 zusammen, so kommt man, was die Mandate anbetrifft, zu genau demselben Resultat und hinsichtlich der Stimmen zu einem annähernden Ergebnis. Ein tatsächlicher Verlust von Belang ist also nicht eingetreten. Das ist auf die außerordentliche Intensität der Propaganda und Organisation auf beiden Seiten zurückzuführen. Namentlich die U. S. P. hat alles aufgeboten, um in Thüringen den Sieg der Reaktion zu verhindern.

Aber bei dieser Feststellung darf es natürlich sein Bewenden nicht haben. Trotzdem die Organisationen erhalten blieben und im Wahlkampf leidlich funktionierten und trotz der sozialistischen Mehrheit im Parlament muß die Frage aufgeworfen werden, was die U. S. P. hätte leisten können ohne die Schwächung und Lähmung durch die Spaltung. Die zersetzende Wirkung der Parteispaltung läßt sich in den einzelnen Stimmbezirken ziffernmäßig feststellen. In Reuß ist sie so gut wie spurlos vorübergegangen; hier hat die U. S. P. zwar rund 3000 Stimmen abgeben müssen, aber die Gesamtzahl der Arbeiterstimmen hat einen noch nicht dagewesenen Stand erreicht und übertrifft sämtliche bürgerliche Stimmen um mehr als 6000. In den übrigen Thüringer Gebieten verschlechtert sich aber das Verhältnis in steigendem Maße. Im Altenburger, weimarischen, meiningischen und Sondershausener Bezirk vermochten weder U. S. P. noch K. P. D. den alten Bestand der Unabhängigen Sozialdemokratie zu halten.

Am katastrophalsten haben sich indes die Dinge in Gotha gestaltet; der gothaische Zusammenbruch sollte für die thüringische und deutsche Arbeiterbewegung eine warnende Lehre sein. Die Wahlen der Nationalversammlung im Januar 1919 brachten der gothaischen USP. mehr als 50 000 Stimmen und die bald darauf folgenden Landtagswahlen führten zu einer starken Mehrheit der Unabhängigen Sozialdemokratie. Aber von an datiert schon die hyperradikale Zerstörungsarbeit der in Gotha maßgebenden Führer. Was eine jahrzehntelange vorbildliche Arbeiterbewegung und die Novemberrevolution an Erfolgen zeitigten, zerstörten verblendete Wirrköpfe in kurzer Zeit. Von Wahl zu Wahl schwindet die Zahl und Macht der führenden sozialistischen Partei. In der Reichstagswahl 1920 bringt die USP. noch rund 42 000 Stimmen auf, aber die zwei Wochen darauf folgende Landtagswahl bringt einen Rückgang auf 35 000 Stimmen. Der zügellose „Radikalismus" und die Reichsexekutive haben ihre Wirkung getan. Und nach der Spaltung der USP., die in Gotha besonders frivol und rücksichtslos betrieben wurde, gibt es einen weiteren Sturz. Die Neuwahlen zur Gebietsvertretung im Frühjahr 1921 brachten der neugebackenen Kommunistischen Partei noch etwas über 22 000 Stimmen und der USP. etwa 8500. Mit der Landtagswahl am 11. September ist der tiefste Stand erreicht: Kommunisten 20 800, USP. 6600 und die SPD. bleibt mit 3500 unverändert. Von dem ursprünglichen Massenaufgebot der Unabhängigen Sozialdemokratie bringen Kommunisten und USP. heute nur noch die Hälfte auf. Der neuerliche Rückgang ist auf die geradezu maß- und ziellose Kampfes-

Der Brandherd

Die Rechtspresse ist bemüht, im Zusammenhang mit der Ermordung Erzbergers das Bestehen eines reaktionären Komplottes abzustreiten. Der Eifer, mit dem sie dabei zu Werke geht, kann aber nur die Richtigkeit unserer Behauptungen bestätigen. Von einem Zufall kann keine Rede sein; hinter den Mördern Erzbergers steckt eine weitverzweigte Organisation, die sich über ganz Deutschland erstreckt und nach einheitlichen Richtlinien arbeitet. Das Zentrum dieser Organisation ist München, von dort aus werden auch die Direktiven für das Wirken des oberschlesischen Selbstschutzes gegeben, jenes Selbstschutzes, der nur zum Schein die schlesische Bevölkerung vor den Uebergriffen polnischer Banden zu schützen vorgibt, während er in Wirklichkeit darauf hinarbeitet, möglichst viele Truppen in Schlesien zusammenzuziehen, um dann, gestützt auf diese Macht, gegen die Republik zu operieren.

Die Reichsregierung scheint die Gefahr erkannt zu haben, die der oberschlesische Selbstschutz bildet. Die preußische Regierung hingegen hat trotz des vielen Beweismaterials den Treibereien monatelang geduldig zugesehen und Herr Dominicus hat dem Selbstschutz im Preußischen Landtag sogar ein Loblied gesungen, trotz der unmenschlichen Ausschreitungen, die er zum Nachteil des deutschen Ansehens in Oberschlesien verübte. Gewisse preußische Regierungsbehörden arbeiten auch jetzt wieder den Bestrebungen, die Verschwörernester auszuheben, mit allen Mitteln der bureaukratischen Intrigue entgegen. Gestern wurde gemeldet, daß in Schlesien eine Nachrichtenabteilung ausgehoben und der Privatdozent Arnold Ruge in Haft genommen worden sei. Heute erfahren wir, daß der Oberstaatsanwalt in Breslau den Haftbefehl gegen Ruge wieder aufgehoben hat. Das vorgefundene Belastungsmaterial hielt der Staatsanwalt „nicht für ausreichend" zur Aufrechterhaltung der Haft! Daß der Polizeipräsident von Breslau, Geheimrat Liebermann, einen geheimen Briefwechsel mit den Leitern der schlesischen Orgesch führte, ist bekannt. Der Mann wurde vor einigen Tagen seines Postens enthoben. Wenn sich die Regierung vor der reaktionären Gefahr wirklich schützen will, dann muß die Aufräumungsarbeit unter den Reaktionären in der Verwaltung gründlicher durchgeführt werden.

Der „Vorwärts" hat gestern die Frage gestellt, ob es wahr ist, daß Ehrhardt und Bauer bei dem Münchener Polizeipräsidenten Poehner aus- und eingegangen sind. Auf diese Frage ist keine Antwort erfolgt, sie konnte nicht erfolgen, weil es schon seit langem feststeht, daß nicht nur der Münchener Polizeipräsident, sondern auch der bayrische Justizminister Roth mit Bauer, Ehrhardt und Pabst sehr enge Beziehungen unterhält. Von Bayern aus ist auch das Freikorps Oberland jedesmal gewarnt worden, wenn der Versuch gemacht wurde, in die Verbindungen zwischen dem Freikorps Oberland und der Münchener Putschzentrale einzudringen. Selbstverständlich sitzen auch in der preußischen Polizei gewisse Personen, die mit den Münchener Verschwörern konspirieren. Die Hundertschaft zur besonderen Verwendung, von der in letzter Zeit soviel die Rede war, soll sich in Schlesien aufhalten. Der Republik kann von dem Wirken dieser Hundertschaft in Schlesien natürlich kein Nutzen erwachsen. Wir erinnern an die Rolle, die diese Hundertschaft während des Kapp-Putsches spielte. In ihrer Zusammensetzung hat sich bis heute nichts geändert. Hier ist ein Brandherd, der gelöscht werden muß.

Im Anschluß daran wiederholen wir noch einmal die Behauptung, daß die Münchener Polizei der Verfolgung der Mörder Erzbergers durch die badische Staatsanwaltschaft die allergrößten Schwierigkeiten gemacht hat. Wir behaupten weiter mit aller Bestimmtheit, daß die Mörder in München hätten verhaftet werden können, wenn an der Spitze der Münchener Polizei nicht Herr Poehner gestanden hätte. Die Tatsache, daß die Mörder rechtzeitig gewarnt wurden, führt logischerweise zu dem Schluß, daß die Warnung aus den Kreisen der Münchener Polizeibehörde kam. Auch dieser Brandherd muß gelöscht werden, wenn sich die Regierung vor den Gefahren schützen will, die die Republik bedrohen.

weise der Kommunisten gegen die Unabhängige Sozialdemokratie zurückzuführen, die dabei vergessen, die elementarsten organisatorischen Wahlvorbereitungen zu treffen und die Front gegen rechts zu kehren.

Die gothaischen Kommunisten sehen zwar den Zerfall der Arbeiterbewegung, aber vor den Ursachen dieser Zerfallserscheinungen verschließen sie hartnäckig die Augen. Wahlmüdigkeit, Antiparlamentarismus und ähnliche gefährliche Schlagworte sollen die Erklärung geben für eine skrupellos zertrümmerte Arbeiterbewegung, die ehedem vorbildlich in Deutschland aufragte. Unverantwortliches und unfähiges „Führertum" glaubt sich mit derartigen Phrasen öffentlich rechtfertigen zu können. Aber man muß die feste Zuversicht hegen, daß das gothaische Proletariat diese Zerstörer seiner Macht einmal kräftig abschüttelt.

Trotz all dieser Uebelstände hat sich das thüringische Proletariat tapfer geschlagen und darf mit Stolz und Genugtuung auf den Wahlgang zurückblicken. Die proletarische Mehrheit im thüringer Parlament darf natürlich nicht ungenutzt bleiben. Wie in Sachsen muß in Thüringen eine sozialistische Regierung gebildet werden. Die Unabhängige Sozialdemokratie wird dieses Ziel zweifellos nach rechtssozialistischer wie nach kommunistischer Seite fördern. Voraussetzung ist freilich, daß die Kommunisten mehr als bisher der Vernunft und Wirklichkeit Raum geben. Die politische Seh- und Fühlkraft der Kommunisten ist zwar durch die bolschewistische Phraseologie stark in Mitleidenschaft gezogen; aber in dem Maße, wie die Moskauer Phraseologie an Werbekraft einbüßt, müssen realpolitische Erwägungen und die täglichen materiellen Interessen des Proletariats auch die dicksten Phrasenwolken zerstören.

Die sächsischen Kommunisten fangen langsam und widerstrebend an, aus dem Gang der Dinge zu lernen. Sie sprechen es unverhohlen aus, daß sie mit dem Bestand der sozialistischen Regierung Sachsens auf Gedeih und Verderb verbunden sind. Deshalb kann es nach dem Wahlausfall in Thüringen kein anderes Ziel geben, als die Bildung einer sozialistischen Regierung. Die erkämpfte Position muß besetzt und ausgebaut werden! Das wird die Arbeiterbewegung Thüringens neu beleben, in der Mitte Deutschlands ein neues Bollwerk gegen die Reaktion schaffen und nicht zuletzt den proletarischen Einfluß auf die Reichspolitik in erheblichem Maße steigern.

Götzendämmerung

Unter dieser Ueberschrift wird in dem Berliner Zentrumsorgan „Germania", in Verbindung mit den neuesten Meldungen über die Mörder Erzbergers, daran erinnert, daß noch in der letzten Sitzung des Ueberwachungsausschusses im Reichstag der Abg. Hergt, der große Wortführer auf dem deutschnationalen Parteitag in München, von der Reichsregierung verlangen durfte, daß nicht nur der Belagerungszustand in Bayern bestehen bliebe, sondern daß er in Mitteldeutschland und Ostpreußen, wo ihn das Reich aufgehoben hatte, wieder eingeführt werden müsse. Die Ueberraschung über dieses Verlangen war im Ausschuß, wie das Zentrumsblatt mitteilt, so groß, daß auch in den Kreisen der ruhigsten und vorsichtigsten Politiker geradezu Bestürzung über eine solche Verblendung beobachtet werden konnte. Auffallend war es auch, daß die Forderungen der Münchener Vertreter an die Reichsregierung von den Deutschnationalen im Reichstag selbst als Anträge eingebracht wurden. Diese Zusammenhänge müßten für die deutschnationalen Politiker von geradezu katastrophaler Wirkung sein.

„Und wie müssen sich, fährt die „Germania" fort, heute die Leute fühlen, die sich vor kurzem noch vor Entrüstung nicht fassen konnten, als man von Mörderzentralen in Deutschland sprach! Wie ungeheuer müssen die Wirkungen der neuen Enthüllungen auch auf die bayrische Politik sein, die trotz des Belagerungszustandes sich nicht fähig zeigt, solche Verschwörernester auszubrennen! Hat die bisherige bayrische Regierung in ihren Organen Kenntnis gehabt, daß sich in München Verschwörer aufhielten, hat sie etwas davon gewußt, daß sich Kappisten dort herumtrieben, die steckbrieflich gesucht wurden? **Diese Frage richten wir in aller Offenheit an die Münchener Herren, die dort bisher das Regiment geführt haben und die es nur verstanden, sich nach links als stark zu erweisen. Auch die Reichsregierung wird um die Beantwortung dieser Frage nicht herumkommen.**

Die hier gestellten Fragen sind in der Tat von ausschlaggebender Bedeutung. Wir haben sie seit Jahr und Tag an die Regierung und die Koalitionsparteien gestellt, die bisher mit sträflicher Gleichgültigkeit diesen Dingen gegenüberstanden. Dieser Gleichgültigkeit ist es zuzuschreiben, daß die deutschnationalen Putschisten von Bayern aus die Verschwörung gegen die Republik zu organisieren vermochten und nun das Reich an den Rand einer Katastrophe gebracht haben. Noch ist es nicht zu spät, diese Katastrophe abzuwenden. Dazu ist aber erforderlich, daß die Regierung mit fester Hand zupackt und sich durch das heuchlerische Geschrei der Deutschnationalen nicht beirren läßt, jene Forderungen durchzuführen, die von der Arbeiterklasse im Interesse der Erhaltung der Republik und der Verhütung des Bürgerkrieges gestellt worden sind. Nur dann wird in Wirklichkeit von einer „Götzendämmerung" der Reaktion gesprochen werden können.

Verwilderte Landsknechte

Kaum sind die Mörder Erzbergers und ihre Helfershelfer entdeckt, so unternimmt auch die rechtsstehende Presse schon den Versuch, den Charakter dieser Personen in einem möglichst rosigen Lichte erscheinen zu lassen. Die Täter werden als „ruhige und bescheidene" Menschen geschildert, als „in sich gekehrte Naturen", die ganz auf ihr „Innenleben" eingestellt waren. Wir haben also gewissermaßen die Urbilder deutscher Gemütstiefe vor uns, wollten wir den Angaben der reaktionären Presse Glauben schenken.

In dieser Stimmungsmache für die Mörder liegt System. In einigen Tagen werden wir in der rechtsstehenden Presse sicher auch Schilderungen über die „Heldentaten" finden, die die Mörder während des Krieges und während ihrer Tätigkeit bei der Brigade Ehrhardt, selbstverständlich „im Interesse des Vaterlandes" vollbracht haben. Man weiß ja, wie die reaktionäre Presse es bisher immer verstanden hat, die vielen Morde, von Offizieren verübt, damit zu beschönigen, daß sie die „vaterländische Gesinnung" der Täter hervorhob und daß auch deutsche Gerichte mit Hilfe derartiger Machenschaften zu Urteilssprüchen kamen, die den Mördern nicht wehe taten.

Die „Deutsche Zeitung", die bisher in langen Abhandlungen den „Geist" der Marinbrigade Ehrhardt als vorbildlich schilderte und in dieser Truppe die edelsten Traditionen der alten kaiserlichen Armee verkörpert sah, ist durch die Tatsache, daß die Mörder Erzbergers und ihre Helfershelfer der Brigade Ehrhardt angehören, in arge Bedrängnis geraten. Die linke Hand des Leitartikelschreibers weiß heute nicht mehr, was gestern die rechte schrieb. Und so spricht er denn davon, daß die Mörder und ihre Mitschuldigen „den zum Teil stark verwilderten Landsknechtskreisen der Ehrhardtbrigade" angehört haben. Die Verantwortung für das Wirken dieser Landsknechtsbrigade könne der Deutschnationalen Volkspartei nicht in die Schuhe geschoben werden. Ach nein! Ehrhardts Geist ist schwarz-weiß-roter Geist, ist Geist der deutschnationalen Parteiagitation, ist ein Edelgewächs, das auf monarchistischem und nationalistischem Boden emporsproß.

Wenn die „Deutsche Zeitung" heute von verwildertem Landsknechtstum spricht, so muß daran erinnert werden, daß dieses Landsknechtstum gerade von der Deutschnationalen Partei treibhausartig gezüchtet wurde, und daß jede einzelne Untat, die von Angehörigen der Brigade Ehrhardt bei ihren Hunnenzügen durch Deutschland verübt worden ist, flammende Begeisterung in deutschnationalen Parteikreisen auslöste. Mitgegangen — mitgehangen! Das gilt auch für jene Offiziersvereinigungen, die bisher noch nicht in einem einzigen Falle jenem Verbrechertum entgegengetreten sind, das die Ermordung revolutionärer Führer auf ihre Fahne geschrieben hat. Kollektivgemeinschaft verpflichtet zur Kollektivverantwortung.

Das Verbot der „Roten Fahne"

Das Verbot der „Roten Fahne" auf drei Tage, das wir im Morgenblatt meldeten, wird in einer Zuschrift des Reichsministers des Innern, Gradnauer, an das Blatt folgendermaßen begründet:

Die „Rote Fahne" hat in ihren Artikeln „Die Kindermörder von Ypern wollen feiern" vom 13. September 1921 und „Ein neues Spitzelmanöver Weismanns" vom 14. September 1921 zu **Gewalttaten gegen die Gesetze aufgefordert und die Reichsregierung (ein Organ des Reichs) in einer den öffentlichen Interessen gefährdenden Weise verächtlich zu machen gesucht.**

In dem erstgenannten Artikel heißt es u. a.: „Wenn den Herren der Tanz gefällig ist, so wird der Berliner Dom am 16. Oktober **Szenen sehen, wie er sich nie hätte träumen lassen".** Diese Worte enthalten zweifellos eine Aufforderung zu Gewalttaten.

In dem zweiten angezogenen Artikel ist von der „Heuchelei der deutschen Reichsregierung" die Rede. Es wird in bezug auf die Reichsregierung weiter gesagt: „Alle ihre Erklärungen entpuppen sich so als ein ebenso freches wie plumpes Schwindelmanöver." Und später: „Die Sozialdemokraten in der Reichsregierung müssen sich entweder von Herrn Weismann als unwillige Hampelmänner gebrauchen lassen oder aber sind **Mitschuldige an der Vertragsbrüchigkeit der deutschen Regierung gegenüber Sowjetrußland."** Und endlich wird am Schluß die Regierung eine „Regierung der Lüge" genannt. Durch diese Unterstellungen werden Organe des Reiches in einer den inneren Frieden gefährdenden Weise verächtlich gemacht.

Wir haben von vornherein betont, daß durch Presseverbote die Republik nicht geschützt werden kann, am wenigsten aber durch solche, die, wie das vorliegende Verbot des kommunistischen Zentralorgans, die Arbeiterschaft immer wieder beunruhigen und die Befürchtung nähren, daß die Ausnahmebestimmungen zur Knebelung der Arbeiterbewegung ausgenutzt werden könnten. Auch dieser Ausnahmezustand muß schnell wieder beseitigt, und es muß ein gesetzliches Recht hergestellt werden, das dem Schutze der Republik, aber nicht dem Kampfe gegen die Arbeiterklasse zu dienen geeignet ist.

Zu diesem besonderen Falle möchten wir noch bemerken, daß auch wir allen Grund zum größten Mißtrauen gegen Herrn Weismann haben, und wir finden, daß die Regierung sich lieber einmal mit ihm beschäftigen sollte als mit denen, die auf ihn aufmerksam machen.

Weismann dementiert

Wolffs Bureau meldet: Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung teilt mit:

Die „Rote Fahne" veröffentlicht in Nummer 417 und 423 zwei Schreiben vom 27. August und 2. September d. J., die angeblich von mir stammen sollen. Ich habe bisher keine Stellung dazu genommen, weil ich Auseinandersetzungen mit der „Roten Fahne" für nutzlos erachte. Nachdem aber die „Freiheit" in ihrer Abendausgabe vom 14. September d. J. und andere Berliner Blätter die Ausführungen der „Roten Fahne" übernommen haben, erkläre ich:

Die beiden Schreiben, die in der „Roten Fahne" als Originaltext zweier von mir herrührender Schriftstücke bezeichnet worden sind, **stammen nicht von mir her.** Ich habe lediglich zu einer Zeit, die weit vor der Ermordung Erzbergers liegt, und in der an eine Verordnung, wie sie der Reichspräsident am 29. August erlassen hat, überhaupt nicht gedacht worden ist, im konkreten Auftrage der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung **Vorschläge darüber gemacht, wie man der Ueberschwemmung Deutschlands durch Russen und der fortwährenden Verhetzung durch die kommunistischen Blätter am wirksamsten begegnen kann.**

Weismann gibt also zu, daß er tatsächlich Vorschläge zur Bekämpfung der Kommunisten gemacht hat. Er leugnet den von der „Roten Fahne" veröffentlichten Text ab, sagt aber nicht, worin der Unterschied zwischen seinen Vorschlägen und den Texten der „Roten Fahne" besteht.

Münchner Plakatverbot. Die Münchener Polizeidirektion hat den Anschlag eines Plakates des Landesbürgerrates verboten, welches anläßlich des Rücktritts der Regierung Kahr aufforderte, die Reihen der bürgerlichen Parteien zu schließen und die Unruhestifter nicht zur Macht kommen zu lassen.

Die Haftentlassung des Abgeordneten Fischer abgelehnt. In der gestrigen Sitzung des ständigen Landtagsausschusses für Bayern wurde ein Antrag der Unabhängigen auf Freilassung des Abgeordneten Fischer abgelehnt.

Jugendweihe — Lebenswende

Wie bange ist es uns ums Herz, wenn wir unsere schulentlassenen Kinder hinaustreten sehen aus der Behütung des Elternhauses in die fremde Welt der Fabrik. Erinnern wir uns des eigenen Gefühls, das uns — vor langen Jahren — bei diesem Schritt ins Unbekannte bewegt hat. Schwankender Boden wogte unter unseren Füßen, die geleitende Hand der Eltern fehlte neben uns, wir standen im leeren Raum, vor unergründlichen Möglichkeiten. Rückschauend wissen wir heute, was wir damals nicht begriffen: Dieser Schritt war ein Erlebnis von unendlicher Bedeutung für unser späteres Dasein. Hilflos in fremder Umgebung, ist der junge Mensch dankbar für jeden Rat, der ihm von den neuen Kameraden, alten und jungen, Arbeitern, Arbeiterinnen, Lehrkollegen und anderen Mitjugendlichen, zuteil wird. Wer ihm bei diesen ersten, unsicher tastenden Schritten auf unerforschtem Gebiet helfend entgegenkommt, der kann seiner innigsten Zuneigung sicher sein. Froh, einen Menschen zu wissen, an den er sich halten kann, ist er geneigt, sich ihm ganz hinzugeben. Seine Seele ist Wachs, Wachs in fremden, vielleicht ungeschickten, vielleicht böswilligen Händen. Und ohne Schutz ....

In diesen Tagen tun viele unserer Kinder diesen Schritt. Darum ist es uns so unbegreiflich wehe, wenn wir sie dahinwandeln sehen diesen Pfad, den das soziale Schicksal dem Proletarier vorgezeichnet hat, dem einen wie dem anderen, den Weg von der Schule in die Fabrik. Wir wissen, daß wir in diesen Tagen, in diesen Jahren, die jetzt kommen werden, eine doppelte, vielfach vermehrte Verantwortung für sie tragen: Wir müssen unsere Jugend weiterhin geleiten, müssen die tausend neuen Eindrücke erforschen, müssen sorgen, daß ihre Wirkungen Wesen und Geist der Werdenden so formen, daß aus ihnen Menschen werden zum Nutzen ihrer Klasse und zu ihrem eigenen Nutzen, reiche Menschen von reiner Gesinnung und tatkräftigem, selbstbewußtem Wollen.

Die Menschen, die im Banne der christlichen Weltanschauung standen, glaubten einen Kompaß für das Leben zu besitzen in der Lehre von einem höchsten Weltenschöpfer, dessen Gebote die sittliche Richtschnur für alle Schritte der Einzelnen in jeder Lage darstellten. Sie prägten den ins Leben tretenden Jugendlichen die Lehren der Christenheit noch einmal ein und weihten den Schritt, der in diesen Tagen so zahlreich geschieht, mit einer rituellen Handlung, der Konfirmation. Wir, die wir diese auf dem Glauben an eine unsichtbar und sicher lenkende Geisterhand beruhende Lehre abgelegt haben, führen unsere schulentlassene Jugend ein in die Gemeinschaft ihrer Klasse, und unsere Jugendweihen sind das Symbol für die Bedeutung dieses Schrittes. Wir selbst, die Eltern der Jungen und Mädchen, vermögen nun nicht mehr ständig bei den Schutzbedürftigen zu weilen. In der Jugendweihe übergeben wir sie der Obhut der Gemeinschaft der Arbeiterklasse. Sie übernimmt nun mit uns die Verantwortung für sie. Ueberall, wo Vertretungen der klassenbewußten Arbeiterschaft berufen sind, die Angelegenheiten des Proletariats zu führen, in den Gewerkschaften, Betriebsräten und Parteikörperschaften, muß das Bewußtsein einkehren und immer stärker wirksam werden, daß die Verantwortung für das Jungproletariat die Arbeiterklasse gemeinsam trägt. Jeder einzelne Arbeiter in der Fabrik muß in jedem Augenblick bedenken, daß er den Eltern der Jugendlichen in gleicher Gesinnung von unendlichem inneren Reichtum innigst verbunden ist, daß sie einst auch von ihm, von dem sozialistischen Genossen, von dem Mitglied einer Gemeinschaft, Rechenschaft fordern können über das Wohl ihrer Kinder. Wir nehmen die Kinder unserer Genossen auf in unsere Gemeinde und begleiten sie mit unserem Geist, der überall gegenwärtig sein sollte, lehren sie das sittliche Prinzip der Solidarität, lehren sie, ihr Handeln, ihre Vorstellungen von Recht und Unrecht zu orientieren an den Interessen ihrer Klasse und ihren Eigenwillen einzureihen in das große Streben des Proletariats.

So begleiten wir unsere Jugend mit unserem Geist. So erfüllen wir sie mit ihm, der nicht vom furchterregenden Glauben an eine Ueberwelt, sondern vom Wissen von der irdischen Welt und vom Kampfe um einen sonnigeren Platz für das Proletariat in dieser Welt lebt. Tatfroher Wirklichkeitssinn und kraftbewußter Zukunftsglaube vereinigen sich im Sozialismus zu unserer Religion. Sie soll unsere Jugend führen. Und dabei haben wir einen neuen Helfer und Freund gefunden in Gestalt des Buches unseres Genossen Schwarzkopf: Die Schwelle. „An der Schwelle, die aus dem Land der Kindheit in die reiferen Bezirke des Lebens führt, schmiegt dieses Buch sich zärtlich in deine Hand und weist dir den Weg, der vor dir liegt." So redet Schwarzkopf in seinem Geleitwort die Jugendgeweihten an, für die er seine reiche Sammlung von Gedichten und Gedanken bestimmt hat. Und nun strömt ein reicher Segen von Schönheit und reiner Gesinnung, von mutiger Wahrheit und tatbereiter Zuversicht auf uns nieder in Worten von Eisner und Engels, von Goethe und Dehmel, Liebknecht und Heine, Hölderlin und Landauer, Tolstoi, Whitman und vielen, vielen anderen, die ihr Leben und Sein hingegeben haben, um der Schönheit der Welt und des Glückes der Menschen willen. Ein Stück der Sammlung reiht sich harmonisch an das andere und alle verbindet ein Wille: Die Menschheit zu führen aus dem künstlichen Tod, den der Kapitalismus verbreitet, zum ewigen Leben des Sozialismus. Von diesem Geist können wir unsere Jugend geleiten lassen ....

Schwarzkopf hat mit diesem Buch nicht nur den Jugendgeweihten, sondern uns allen ein wertvolles Geschenk gemacht.

R. S.

Die Jugendweihe im Großen Schauspielhaus. Die „Arbeiter-Bildungsschule" veranstaltete am vergangenen Sonntag die erste Jugendweihe in diesem Herbst. Die schöne Feier fand im Großen Schauspielhaus statt, das in festlicher Beleuchtung erstrahlte und mit seinen gewaltigen Maßen von vornherein einen mächtigen Akkord von feierlicher Größe in die Reihe der erlesenen Darbietungen hineintrug. Ein gleich starker Eindruck ging von der Bühne aus. Sie war in einen Palmen- und Blumenhain verwandelt, den ein tiefblauer Sternenhimmel überwölbte. Ein reizendes Bild bot sich dem Auge, als die Kinder, keineswegs in Reih und Glied, sondern in zwanglosen, fröhlichen Gruppen, Knaben und Mädchen lustig durcheinander, durch diese traumschöne Märchenlandschaft, die wohl das Reich der Kindheit darstellen konnte, ihren Einzug in die Arena feierten. Orgelklänge begrüßten sie. Dann sang der „Gemischte Chor Groß-Berlin" unter Leitung von Scherchen „Wach' auf!" aus den „Meistersingern". Genosse Rektor Holtz würdigte in klugen, zu Herzen gehenden Worten die Bedeutung des Tages für alle Beteiligten, worauf der Chor mit dem Vortrag der „Republikanischen Hymne" von Bröger, in der Vertonung von Erwin Lendvai, die Stimmung für die nun folgenden Rezitationen (Bartel, Henckell und Heine) vorbereitete. Genosse Wolfgang von Staatstheater erwies sich dabei als wirksamer Sprecher. Musik von Bach und Mozart, herrlich gespielt von Wittenberg (Geige) und Bartz (Orgel), bildete den nächsten Programmpunkt. Gefühl der Unendlichkeit, Ernst ohne Trauer, Hoffnung und Zuversicht griff an alle Herzen... Nachdem dann noch der Chor die „Internationale" gesungen hatte, hieß Genosse Schenk unsere jungen Freunde und Freundinnen, denen die Feier gegolten hatte, nicht im Namen der Partei, sondern im Namen des Sozialismus und der gesamten Arbeiterklasse in den Reihen der Erwachsenen willkommen. Das Festgeschenk der Arbeiter-Bildungsschule, „Die Schwelle" von Rudolf Schwarzkopf, in den Händen, traten sie nun den Abmarsch an, ins Leben hinein und fürs Leben bereichert durch den warmen und schönen Gruß der Alten an die Jungen, im tiefsten Sinne geweiht durch das erste Erlebnis der über die engen Grenzen von Schule und Familie weit und führ hinausgreifenden Gemeinschaft ihrer Klasse. Mögen sie sich glücklich in ihr fühlen und ihr die Treue halten!

Die Fahrt ins Blaue ist ein reizendes französisches Lustspiel von Gaston de Caillavet und Robert de Flers, zu dessen Aufführung man dem Theater in der Königgrätzer Straße nur gratulieren kann. Obwohl das Stück zur Gattung französischer pikanter Schwänke gehört, ist die Arbeit der Verfasser doch so delikat geistreich und menschlich, daß das Stück in keinem Augenblick verletzt und in jedem erheitert und fesselt. Ein junges Mädchen brennt dem unwillkommenen Bräutigam zehn Minuten vor der Trauung durch, läßt sich von ihrem Verehrer zu ihrer Großmutter

Bayern verschleppt die Verhandlungen

Sitzung des Ueberwachungsausschusses

Der Achterausschuß zur **Ueberwachung der Verfassung** hat heute seine Verhandlungen fortgesetzt. Der Reichskanzler teilt mit, daß ihm von den bayrischen Vertreter eine Mitteilung zugegangen sei. Durch das Geschäftsministerium in Bayern sei eine neue Lage geschaffen, weil dieses Ministerium **die Verhandlungen nicht weiterführen** könne. Das sei erst möglich, wenn von dem Landtag, der nächsten Sonnabend zusammentrete, eine neue Regierung gewählt werde.

Der Abg. **Müller** (S. P. D.) bedauert, daß in der Tat die Verhandlungen heute noch nicht zum Abschluß gelangen könnten. Er richtet die Anfrage an die Regierung, was sie zu tun gedenke, entsprechend den Nachrichten, die die Presse mitteilt, daß bisher zehn Verhaftungen stattgefunden hätten, daß **die Ehrhardt-Mordbrigade in Bayern Schutz** finde und auch in Oberschlesien ihr Unwesen treibe.

Der Reichskanzler erwiderte darauf, auch er sei erstaunt über die Mitteilungen, die sich deckten mit denen, die er vom Staatskommissar erhalten habe, wonach **die Bauer, Ehrhardt, Pabst usw. sich in Bayern aufhalten,** dort Zusammenkünfte veranstalten, ohne daß man ihrer habhaft werden könne. Angeblich sollen die Kappisten sich in der Nähe Münchens aufhalten, **geschützt durch aktive Polizeibeamte. Der Kapitän Ehrhardt soll im Polizeipräsidium ein- und ausgehen, und wiederholt mit Pöhner gesehen worden sein.**

Genosse **Dittmann** verweist darauf, daß er mit Recht in der vorigen Sitzung von einer deutschnationalen Mörderclique gesprochen habe. **Diesmal schweigen die Deutschnationalen zu Dittmanns Bemerkungen.** Alles, was Dittmann das vorige Mal behauptet hat, ist bestätigt durch die Mitteilungen des Staatskommissars. Jetzt muß unbedingt in München eingegriffen werden. Dittmann begrüßt es, daß Herr **Hergt sich und seine Partei identifiziert mit dem Mordregiment,** denn er hat das vorige Mal ausdrücklich gesagt, daß München der einzige Ort sei, in dem die Deutschnationalen sich sicher fühlen.

Der bayrische Gesandte **von Preger** gab noch einmal mündlich die Erklärung ab, die der Reichskanzler verlesen hat. Nächsten Donnerstag trete erst der neue Landtag zusammen, und eher seien Verhandlungen nicht möglich. Er könne die Erklärung abgeben, daß Roth den Kapitän Ehrhardt gar nicht kenne. Pflicht des Staatskommissars sei es gewesen, die Beschwerden, die er jetzt vorgebracht habe, in aller Oeffentlichkeit vorzubringen. Es sei nicht wahr, daß die badischen Behörden bei den bayrischen keine Stütze gefunden hätten.

Herr Hergt (Deutschnatl.) entrüstet sich weidlich über die Verordnung. Zuerst erinnert er daran, daß es die Ehrhardt-Brigade gewesen sei, die mit ihrem Blut die deutsche Republik beschützt habe. Er persönlich kenne Ehrhardt überhaupt nicht. Er richtete an die Regierung das Ersuchen, unbedingt die Verordnung aufzuheben, wegen ihrer Gefährlichkeit. Er habe bereits 29 Fälle von Gewalttaten infolge der Verordnung festgestellt. Es sei ein schlimmes Ausnahmegesetz, das darauf hinauslaufe, einen Teil der Bevölkerung politisch mundtot zu machen. Er könne das nur mit dem Ausdruck „zaristisches System" bezeichnen, wenn ein Teil der Bevölkerung gegenüber Gewalttaten schutzlos bleibe.

Der Reichsratsausschuß habe ja auch gegen die Verordnung entschieden, und er hoffe, daß die Regierung inzwischen die Rechtswidrigkeit dieser Verordnung eingesehen habe. Ferner sei die Verordnung ein **Verstoß gegen das allgemeine Strafrecht.** Er fordere, in die Verordnung eine Bestimmung aufzunehmen, daß ihr keine rückwirkende Kraft beigelegt werden darf, und daß die bloße Tendenz und die politische Gesinnung ein ausreichender Grund zu Verboten und Strafen nicht darstelle. Die ganze Redeweise des Hergt ist provozierend. Er fordert zum Schluß, daß **das bayerische Oberste Landesgericht in allen Fällen zu entscheiden** habe.

Ihm antwortete der **Reichskanzler Wirth** in einer längeren Rede. Er stellt zuerst fest, daß auf seine Anfrage vom badischen Justizministerium ihm mitgeteilt wurde, daß die bayrischen Behörden den badischen Nachforschungen Schwierigkeiten nicht entgegengesetzt haben. Dann geht er des näheren auf **die Haltung der Deutschnationalen** ein. Er bedauert die persönlichen Aeußerungen des bayrischen Vertreters, der wiederum eine Verschleppung der Verhandlungen fordert.

Nach Wirths Meinung muß der bayrische Ausnahmezustand in den allernächsten Tagen fallen.

Durch den Rücktritt Kahrs sei eine neue Lage geschaffen, und das Geschäftsministerium sei **durchaus imstande, die Verhandlungen weiterzuführen,** was im Hinblick auf die herrschende Erregung durchaus geboten sei. Die Verhetzung hat seit der Ermordung Erzbergers nicht aufgehört, und sie geht ausschließlich aus von den landfremden Elementen. Ja, sogar **ein offizieller Vertreter der bayerischen Regierung scheut sich nicht, den Reichskanzler im Ausland zu beschimpfen.** Die belgische Presse bringt ein entsprechendes Interview des bayerischen Pressechefs Eisele.

In aller Deutlichkeit betont der Reichskanzler, daß es für die Reichsregierung unmöglich sei, **den Standpunkt des Herrn von Preger oder des Herrn Hergt einzunehmen.** Die Frage der Auflösung des bayerischen Ausnahmezustandes dränge zur Lösung. Es ist nicht wahr, daß die Verordnung rechts- oder verfassungswidrig sei, wie Herr Hergt sagt. Herr Hergt hat die Ausführungsbestimmungen offenbar nicht gelesen, sonst müßte er wissen, daß Ausführungsorgane die Orts- und Landespolizeibehörden sind. Die Auswirkung der Verordnung ist darin zu suchen, daß Gewalttaten vorgebeugt wird. Selbstverständlich wird der Hetze von rechts, von links eine kräftige Abwehr entgegengesetzt. Zum Schluß betont der Reichskanzler, daß **er die Verantwortung für die Verordnung trage,** nicht der Reichspräsident, und daß er jederzeit bereit sei, sich für die Rechtmäßigkeit dieser Verordnung einzusetzen.

Bei Schluß des Blattes spricht der Reichskanzler noch, wobei er auf die Gründe der Ermordung Erzbergers eingeht.

Zu den Verhaftungen in München

TU. **Karlsruhe,** 15. September.

Zu den Verhaftungen in der Angelegenheit des Mordes an Erzberger werden noch folgende Einzelheiten gebracht: Der für die Strafverfolgung der Mörder Erzbergers zuständige badische Staatsanwalt Burger aus Offenbach weilte am Freitag voriger Woche in München, um dort, unterstützt durch den gleichfalls anwesenden Generalstaatsanwalt Schmidt, die Spuren der Mörder weiter zu verfolgen. Durch das Zusammenwirken mit den württembergischen Polizeikräften und mit den bayerischen Justiz- und Polizeibehörden konnten die Namen und Personalien der flüchtigen Mörder festgestellt werden. Hierbei wurde auch festgestellt, daß der an der Mordtat beteiligte Student Tillessen Ende vorigen Monats aus München verschwunden ist, während der andere, der Kaufmann Heinrich Schulz, in den letzten Tagen mit Unterstützung seiner Helfershelfer entkommen ist.

So weit, so gut. Aus welchen Gründen hat sich die badische Staatsanwaltschaft gezwungen gesehen, selber nach München zu gehen? War vor dem Erscheinen der badischen Staatsanwaltschaft in München die dortige Polizeibehörde schon von dem Aufenthaltsort der Mörder unterrichtet? Es ist doch sonderbar, daß der zweite Mörder just in dem Augenblick verschwand, wo die badische Staatsanwaltschaft auf der Münchener Bildfläche erschien.

Der Streik in Frankreich

Die Unternehmer Nordfrankreichs beharren auf ihrem Standpunkt

EE. **Paris,** 15. September.

Die Industriellen des Gebietes Roubaix-Tourcoing sandten gestern abend dem Arbeitsminister ein Schreiben, worin sie erklärten, daß **alle Zusammenkünfte mit den Arbeitervertretern überflüssig** seien, weil sie nur zur Verlängerung des Konfliktes führen würden. Die Industriellen seien **nicht in der Lage, von der von ihnen geforderten Lohnverkürzung um 20 Centimes pro Stunde Abstand zu nehmen.**

Diese Nachricht verbreitete sich gestern abend in Roubaix und Tourcoing, doch kam es zu keinen Zwischenfällen. Solche ereigneten sich allerdings im Laufe des Tages in größerem Umfange. Im Verlaufe einer Versammlung erklärte der Sekretär des Arbeitsbureaus von Elbeuf, Delannoy, daß er mit Unterstützung der Gewerkschaften einen **Solidaritätsstreik in der ganzen Normandie** entfesseln wolle. Doch sollten sich die Streikenden hüten, das Militär und die Gendarmerie zu provozieren. Sie hätten jedoch das Recht, hinzugehen, wohin sie wollten, und wenn man sie daran hindern wollte, sollten sie zur direkten Aktion übergehen. Jedenfalls werde alles geschehen, damit **niemand im ganzen Gebiete arbeite.** Tatsächlich stellten auch in Roubaix die Arbeiter in den Schlachthäusern ihre Arbeit ein. Die Gasbeleuchtung fehlt, das Verbot, Pariser Zeitungen zu verkaufen, wird streng durchgeführt.

Gestern abend versammelte sich das Streikkomitee; die sich entspinnenden Debatten waren sehr lebhaft. Die Vertreter der Gewerkschaftskommissionen teilten mit, daß sie von den Kommunisten und anderen radikalen Elementen insultiert worden seien. Andere Delegierte erklärten, daß von auswärts kommenden Elementen die Läden kleiner Geschäftsleute geplündert worden seien. Es wurde eine Entschließung angenommen, worin die Gewerkschaften aufgefordert werden, welcher Richtung sie auch angehören, **die Ueberzeugung der Gewerkschaftler anderer Richtungen zu achten.** In Roubaix und Tourcoing ist die Arbeitsruhe vollkommen.

Die neue preußische Verwaltungsreform ist im Ministerium des Innern abgeschlossen worden. Die neue Städteordnung wird demnächst dem Staatsministerium zugehen, es folgen Provinzial-, Land-, Gemeinde- und Kreisordnungen. Dem Landtage werden diese Vorlagen im Laufe des Herbstes zugehen.

Auszahlung der Gehaltszulagen für Volksschullehrer. Die Verfügung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über die nach der Verordnung vom 2. September 1921 den Volksschullehrern und -lehrerinnen zu zahlenden Notzuschläge zum Grundgehalt usw. ist nunmehr erlassen und wird nach erfolgter Drucklegung sofort an die Regierungen abgesandt werden. Dem Erlaß sind Tabellen beigefügt, aus denen die Mehrbeträge zu ersehen ist, so daß die Kassen ohne besondere Anweisung der Schulaufsichtsbehörde sogleich zahlen können.

Untreue Stadtväter. Die Hörder Stadtverordnetenversammlung beschloß, nach einer Meldung der „Telunion", nach Kenntnisnahme der Feststellungen im Untersuchungsausschuß gegen den Oberbürgermeister Schmidt und den Beigeordneten Stadtbaurat Wehbacher, die Einleitung eines Strafverfahrens und eines Disziplinarverfahrens zu beantragen. Ferner wurde beschlossen, für die Stadt Hörde eine kommissarische Verwaltung einzusetzen. Dem Oberbürgermeister Schmidt und dem Baurat Wehbacher werden 49 teils strafbare Handlungen zur Last gelegt, die bis auf das Jahr 1917 zurückreichen und durch die die Stadt Hörde nicht unerheblich geschädigt worden ist.

Groß-Berlin

Oeffentliche Gemeindewählerversammlungen

Morgen, Freitag, abends 7 Uhr,

Senefelderstraße 6, Schulaula.
Pasteurstraße 44/46, Schulaula.
Schöneberg-Friedenau, Kolonnenstraße 22, Schulaula.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg, USPD.

Geht aufs Land!

So und ähnlich lauten die zahlreichen Ermahnungen an die städtischen Erwerbslosen. Nicht selten werden diese als arbeitsscheu beschimpft, weil sie diesem Rufe nicht Folge leisten.

Die Vertreter der Arbeiterschaft haben immer betont, daß Voraussetzung einer größeren und dauernden Uebernahme von Landarbeit durch Industrieproletarier ist, daß den auf dem Lande Arbeitenden zum mindesten die primitivsten kulturellen Anforderungen an Wohnung und Lebensunterhalt erfüllt werden müßten. Wie wenig das der Fall ist, zeigen uns viele Zuschriften, die wir von Arbeitern erhalten, die die Mahnung „Geht aufs Land" befolgt haben.

Ganz besonders schlimme Erfahrungen hat ein Schwerkriegsbeschädigter gemacht, der von der hiesigen Fürsorgestelle nach den in der Uckermark liegenden, der Fürstlich-Lynar-Gräflich-Rednerschen Generalverwaltung unterstehenden Besitzungen vermittelt wurde. Das Essen für die Arbeiter ist dort ungenügend und oftmals ungenießbar. Wagt sich jemand zu beschweren, fliegt er sofort. Die Behandlung der Arbeiter und Arbeiterinnen durch den Oberinspektor erfolgt in einer Art, daß die Arbeiter wenig davon überrascht würden, wenn derselbe die Auspeitschung, wie in der „guten alten Zeit", vornehmen würde.

Es paßt zu den dort üblichen brutalen Methoden, daß Arbeiter, die es wagen, von der Gutsverwaltung zum Hungern Verurteilten Essen zu geben, bedroht werden, gleichfalls auf die Straße gesetzt zu werden. Man wird es begreiflich finden, daß die Schilderung der sonstigen dort herrschenden Zustände dieses Arbeiterparadies zu einem vollständigen werden lassen.

Diese Verhältnisse kommen leider nicht vereinzelt vor. Nur zu einem Teil ist es bisher dem Landarbeiterverband gelungen, für die Landproletarier menschenwürdige Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Arbeitslose, die zur Arbeit aufs Land kommen, und es wagen, die Klassengenossen aufzuklären, werden nicht geduldet. Man versucht, die unbequemen Mahner so schnell wie möglich wieder los zu werden, weil man gar nicht daran denkt, den geringen, den Arbeitern zustehenden gesetzlichen Schutz zu gewähren. Infolge der auf dem Lande noch nicht überall verbreiteten Aufklärung können die Agrarier leider noch manchmal ihre brutalen mittelalterlichen Methoden der Arbeiterbehandlung anwenden. Doch sie wissen auch, das Landproletariat ist längst nicht mehr so gefügig wie früher. Durch Unterstützung ihrer städtischen Klassengenossen wird es auch dem Landproletarier möglich, einen erfolgreichen Kampf gegen ihre brutalen Ausbeuter zu führen.

Wertschätzung der Arbeit

Bei der A. E. G. Turbine, Huttenstraße, kam am Mittwoch der Dreher Robert Reschke mit der Hand in die Drehbank. Zwei Finger wurden abgequetscht und die anderen aus dem Gelenk gedreht. Hilfsbereite Kollegen unterstützten ihn beim Gang zum Samariter. Nachdem der Notverband angelegt war, sollte der Verunglückte weggefahren werden. Da machte sich, wie schon oft, das Fehlen eines Krankenwagens bemerkbar.

Bei einem vorkommenden Unglücksfall muß das Krankenauto erst von der A. E. G. Ackerstraße angefordert werden. Da dieses nicht zur Stelle war, mußte der Verunglückte auf einem Lastauto Platz nehmen.

Der Betriebsrat der Turbinenfabrik hat schon des öfteren ein Krankenauto angefordert, aber immer verhielt man sich ablehnend. Bei einer Belegschaft von ca. 3000 Menschen ist ein Krankenauto unbedingt notwendig. In der Nichtbewilligung des Krankenautos kommt die Nichtwertschätzung des Arbeiters recht deutlich zum Ausdruck. Wenn einer der Herren Direktoren ein Auto braucht, so steht diesem natürlich sofort eins zur Verfügung. Für verunglückte Arbeiter hat man es natürlich nicht nötig zu sorgen.

---

20. Verwaltungsbezirk (Reinickendorf). Zur Erledigung einiger dringender Angelegenheiten wurde die einstweilige Bezirksversammlung vom stellvertretenden Bürgermeister, Genossen Selke, einberufen. Der alte Vorstand mit dem Genossen Lübach als Vorsitzenden wurde wiedergewählt, mit Ausnahme des B.-V. Witte, gegen dessen Wahl die Genossen der U. S. P. Einspruch erhoben. An seine Stelle tritt Potthoff. In die Tagesordnung eintretend, verlas Genosse Lübach zunächst zwei kleine Anfragen des B.-V. Scheibe. Die eine verlangte Auskunft über den Stand der Anschuldigungen, den Stadtrat Meyer (S. P. D.) betreffend. Die zweite richtete sich gegen die ziemlich unverblümte nationalistische Schreibweise der Orts-

---

mutter auf das Land bringen und wird dort gegen ihre ursprüngliche Absicht von der Großmutter, die im Begleiter ihres Enkelkindes selbstverständlich den neugetrauten Gatten vermutet, zusammengebracht. Das alles spielt sich, wie gesagt, in reizenden Formen ab, und die humane, echt französische Gesinnung der Verfasser verleiht dem Ganzen einen Hauch von Liebenswürdigkeit. Gespielt wurde sehr hübsch. Nicht Erika Gläßner, sondern Frieda Richard war der schauspielerische Gewinn des Abends. Sie machte aus der alten Dame eine Figur, die so menschlich war, als ob sie von einem Dichter stammen würde. F. St.

Scheffelers Museumskrieg. Zu der hier schon am 1. September von Behne besprochenen Broschüre des mächtig verärgerten Herrn Karl Scheffler sendet uns der Betriebsrat der Bauarbeiter des Museumsneubaues auf der Museumsinsel folgende Zuschrift: „Die bekannten Vorwürfe Scheffelers gegen die Bauleitung der Museumsneubauten laufen alle darauf hinaus, daß durch die Maßnahmen der Bauleitung immer wieder Hunderttausende und Millionen vergeudet worden sind. Es ist klar, daß durch solche unwahren Behauptungen die Bewilligung von Geldern für die Fortführung der Bauten außerordentlich erschwert wird und daß durch die Unterbrechung der Bauarbeiten in erster Linie die Bauarbeiter auf das schwerste betroffen werden. Es handelt sich um mehr als 500 Existenzen, welche unter Umständen durch die Unwahrheiten Scheffelers einfach auf die Straße gesetzt werden. Um dies zu verhindern, hat der Betriebsrat der Bauarbeiter der Museumsneubauten auf der Museumsinsel Herrn Scheffler vor etwa 14 Tagen aufgesucht und von ihm verlangt, daß er seine unwahren Behauptungen öffentlich widerrufen und uns seinen Gewährsmann nennen solle. Scheffler hat uns versichert, daß die Behauptungen wahr seien und hat uns geraten, ins Ministerium zu gehen, wo seine Behauptungen uns auf Grund der Akten als wahr bestätigt werden würden. Wir sind dorthin gegangen. Dort wurde uns gesagt: „Die Akten ergeben, daß die Anschuldigungen Scheffelers von Anfang bis zu Ende unwahr sind." Wir fordern Herrn Scheffler jetzt nochmals öffentlich auf, seine Behauptungen öffentlich als unwahr zu widerrufen."

Das Roséquartett aus Wien hat mit drei Abenden die Berliner Konzertsaison eingeleitet. Drei Abende drängte sich das musikalische Berlin bei stärkster Hitze im Saal der Singakademie, denn ein solches Quartett hat Berlin nicht, und es ist die Frage, ob auch nur zwei Kammermusikvereinigungen auf der Welt ihm gleichen. Es war ein starkes, schönes Erlebnis. Meisterhaft waren schon die Programme. Am ersten Abend: Mozart, Beethoven, Haydn; am zweiten: Smetana, Brahms, Reger; am dritten: Tschaikowsky, Beethoven, Schubert. So wohlabgewogen, taktvoll alles bedenkend, innerlich schön, heiter, männlich, stark und voller Kunstsinn in jeder Fingerspitze war auch das Musizieren der Wiener Gäste. Wie schade, daß der Berliner Arbeiterschaft ein solcher Kunstgenuß nicht vergönnt ist. (Vor der Wiener Arbeiterschaft hat Professor Rosé mit seinen drei Kunstgenossen unzählige Male gespielt.) Goethe hat, um Voltaires Genie zu schildern, an 50 Eigenschaften des großen Mannes nebeneinander aufgezählt. Um die Schönheit eines Roséabends auszumalen, müßte man nicht weniger Worte hinsetzen. Begnügen wir uns mit einigen: Feinheit, Leichtigkeit, Männlichkeit, Herz, Seelenanmut, Eleganz, Zartheit, Hingabe, Leidenschaft, Stilgefühl, Klangschönheit. Und so weiter lange noch!

Ein Wort noch über die Werke: Regers Streichquartett op. 121 Fis-Moll wirkte außerordentlich stark. Als Reger im Kriege starb, hatten ihn erst wenige verstanden. Heute wühlt uns seine Musik so auf, daß ein Satz wie der langsame, durch seine innerlich herbwilde Kraft und Kunstvollkommenheit das vorausgegangene Quartett eines „Klassikers" wie Brahms einfach vergessen macht. In den Kunstabenden der U. S. P. D. sollte man auch Reger einmal zu Gehör bringen. Rosés kommen im Dezember wieder. Ließen sie sich nicht für ein Arbeiterkonzert gewinnen? Die Berliner Musiker zählen jedenfalls ungeduldig die Tage bis zum Wiedersehen und Wiederhören solch vollkommener Musik. F. St.

Erste internationale Tagung für Sexualreform. Vom 15. bis 19. September findet in Berlin die erste internationale Tagung für Sexualreform auf sexualwissenschaftlicher Grundlage statt. Die Sitzungen finden am 15., 16., 17. September abends 8 Uhr im Virchow-Langenbeck-Haus, Luisenstraße 58, am 17. (4 Uhr), am 18. und 19. außerdem in den Räumen des Institutes für Sexualwissenschaft, In den Zelten 10, statt. Die Tagung wird Probleme medizinischer, pädagogischer, rechtlicher Art aus dem Sexualleben behandeln, darunter Probleme von höchster Wichtigkeit, wie das der Geburtenregelung. Teilnehmerkarten für die ganze Tagung und für Einzelveranstaltungen sind In den Zelten 10 (Moabit 8359) zu beziehen. Auch ermäßigte Teilnehmerkarten werden ausgegeben. Wir werden über die Veranstaltung nach ihrem Abschluß berichten.

Schreibverbot für Toller. Ueber Ernst Toller ist von der Festungsverwaltung ein Schreibverbot verhängt worden. Diese Maßnahme ist umso gemeiner, als Toller als Dichter allgemein anerkannt ist und er außerdem nur infolge der besonderen Infamie der bayerischen Landtagsmehrheit noch in der Festung sitzt, da er seit dem Tode von Gareis Landtagsabgeordneter ist.

Tages-Notizen

Die Konzerte der Volksbühne. Die Volksbühne e. V. veranstaltet auch in diesem Jahre 20 Konzerte, die im Theater am Bülowplatz, in der Philharmonie und in der Garnisonkirche stattfinden. Für Orchesterkonzerte sind Siegmund von Hausegger und Hermann Scherchen, für Chorkonzerte Prof. Georg Schumann, Professor Hugo Rüdel und Bruno Kittel gewonnen worden. Außerdem haben ihre Mitwirkung zugesagt: Das Klingler-Quartett, Frau Professor Metz-Gmeiner, Professor Albert Fischer, Professor Gustav Havemann, Edwin Fischer, Hertha Dehmlow, Ida Hertz zur Nieden.

Die Sonntags-Konzerte des Blüthner-Orchesters beginnen Sonntag, 18. September, 7½ Uhr, im Blüthner-Saal. Dirigent: Camillo Hildebrand.

In der Arbeiterkunstausstellung (Petersburger Str. 30, 1 Tr., Donnerstag und Sonntag bis 7 Uhr abends geöffnet), werden Federzeichnungen und Aquarelle des Metallarbeiters P. Eickmeier gezeigt.

Vortragsabend. Sonnabend spricht im Harmoniumsaal, Siegfried Str. 35, 8 Uhr, Hans Fuhrmann heitere Dichtungen von Uhland, Heine, Glaßbrenner, Busch, Thoma u. a. Agnes Fuhrmann-Kuhl singt Lieder zur Laute.

presse des Bezirks, insbesondere des in Tegel erscheinenden Blättchens, der „20. Bezirk“. Genosse Selle beantwortete im Namen des Bezirksamts die Anfragen dahin, daß die Anschuldigungen gegen Stadtrat Meyer Gegenstand eines Disziplinarverfahrens seien und beim Oberpräsidenten zur Entscheidung lägen. Bezüglich der Presse hoffe das Bezirksamt, die geplante Pressestelle baldigst ins Leben zu rufen, um einwandfreie Informationen herausgeben zu können. Im übrigen schwebe gegen den „20. Bezirk“ eine Strafanzeige wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. Zur Annahme kam dann die Vorlage, betreffend die Teilnahme der Betriebsräte an den Sitzungen der Deputationen. Eine lebhafte Mitwirkung des Auditoriums brachte die Diskussion eines Antrages, der die Aufhebung der verkürzten Arbeitszeit zum Gegenstand hatte. Es wurde lebhafte Kritik an den Beschlüssen des Bezirksamts, insbesondere der Bauverwaltung, geübt. Gegen die Stimmen der Bürgerlichen beschloß die Bezirksversammlung Aufhebung der verkürzten Arbeitszeit, nachdem Genosse Schäfer unter stürmischer Beteiligung der Zuhörer den Betriebsräten empfohlen hatte, auch ein wenig die Allgemeininteressen zu vertreten. Beschlossen wurde noch, den christlichen Gemeindeschwesterndienst in Tegel durch Errichtung weltlicher Stellen abzulösen. Die Forderung des Magistrats, die Bezirksversammlung in den Sitzungssaal des Wittenauer Rathauses zu verlegen, wird den neuen Bezirksverordneten überwiesen. Abgelehnt wird ein Antrag auf Ermäßigung der Hundesteuer auf 20 Mark für Waldmannsluster Grundbesitzer. Zugestimmt wird einer Vorlage auf Umwandlung der Schönholzer Heide in einen Volkspark.

Der Untersuchungsausschuß über die städtischen Güter. Unter Hinzuziehung der Betriebsräte und der Administratoren sämtlicher Güter Berlins sowie des Güterdirektors tagte im Laufe der Woche die Deputation der städtischen Güter und Forsten im Berliner Rathause. Ein Untersuchungsausschuß, der von der Deputation eingesetzt war, sollte über die schon mehrmals gerügten Mißstände Bericht erstatten. Der Referent, Stadtverordneter Müller-Franken (wirtschaftliche Vereinigung), war der Meinung, daß die ganze Mißwirtschaft ein System verkörpere, das grundlegend geändert werden müßte. Die Güter könnten auch nicht rentabel wirtschaften, wenn schon allein für die Güter **75 leitende Beamte** tätig seien, die mit ihren Nebeneinkünften den Etat viel zu sehr belasten. Es könne schon viel gespart werden, wenn den Administratoren die für ihren Haushalt und Garten beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Gärtner entzogen würden. Betrage doch diese Summe schon allein 343 000 M. Trotz des großen Beamtenapparates seien jedoch Unterschlagungen vorgekommen.

Von den Betriebsräten wurde bemängelt, daß ihre Klagen nicht gehört würden. Auch war man der Auffassung, daß die Verwaltung für ein Gut wie z. B. Buch mit seinen 6000 Morgen Land — wo 24 Beamte tätig seien — viel zu kostspielig sei. Es wurde berichtet, daß ein Gutsleiter die Deputatsmilch wegen ihrer schlechten Qualität ablehnte und dann zeitweise täglich 10 Liter Milch erhielt; daß dem Administrator Hansen in Buch 10 Zimmer und dem Gutsleiter in Tasdorf sogar 15 Zimmer zur Verfügung ständen, wohingegen den Arbeitern Wohnungen fehlten und einzelne Wohnungen sich in einem unbrauchbaren Zustand befänden, sei wirklich nicht zu verstehen. Daß zu den großen Räumen, wie berichtet wurde, 400 Zentner Briketts, 100 Raummeter Holz im Winter gebraucht würden, sei ja dann erklärlich. Riesengewinne habe die Landwirtschaft überall eingebracht, aber auf den städtischen Gütern werden Millionen Zuschüsse gebraucht.

Von unseren Vertretern wurde zum Ausdruck gebracht, daß hier Wandel geschaffen werden müsse. Wir würden uns nicht scheuen, durchzugreifen und bestehende Verträge zu kündigen.

Die Tiefbaudeputation nahm in der vorigen Woche Stellung zu dem Organisationsplan, der die Zerlegung der Rieselfeldbauabteilung in drei nebeneinander selbständige, durch Bauräte zu verwaltende Abteilungen vorsieht. Demgegenüber war von dem Betriebsrat in Gemeinschaft mit den Beamten, Angestellten und Arbeitern ein anderer Vorschlag gemacht worden, der für diese drei nebeneinander selbständigen Leiter nur einen Leiter vorsieht. Die Deputation entschied sich in ihrer Mehrheit für nur einen Leiter, und zwar den Herrn Rosenberger, da sie der Auffassung war, daß das Arbeitsgebiet dann nur in einer Hand bleibt und nicht zersplittert wird. Auch für das Maschinenamt entschied sich die Deputation für einen Oberleiter, und zwar den Herrn Dannien.

Beim Straßenlauf Quer durch Lichtenberg ist von einer Läuferin eine Strickjacke verloren worden. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe im Lokal von H. Wegner, Frankfurter Allee 236, abzugeben.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Freitag. Etwas kühler, ziemlich trübe, mit wiederholten Regenfällen und frischen südwestlichen bis westlichen Winden.

Gewerkschaftliches

Miesbacheriaden

Wie die Deutschnationalen ihre Zeit für gekommen hielten, so scheint auch ein Teil der Arbeitgeber in der Auffassung zu leben, Arbeiter und Angestellte wieder wie zu Zeiten des Herrn von Doorn behandeln zu dürfen. Zwei krasse Fälle unwürdiger Behandlung der Angestellten durch den Prinzipal dürfen der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werden, wenn Besserung erzielt werden soll.

Dem Inhaber der Firma J. Landau, Elsasser Str. 72, sind Ausdrücke wie: „Olles Weiberzeug“, „vollgefressene Nichtstuer“ seinem Personal gegenüber sehr geläufig. Zu gleicher Zeit nimmt dieser Prinzipal auch das Recht für sich in Anspruch, seine Verkäuferinnen für strikte Innehaltung der Verordnung über Ladenöffnung und -schluß zu bestrafen. Eine Verkäuferin, die fünf Minuten nach 7 Uhr den Laden geschlossen hatte, wurde dadurch in Strafe genommen, daß sie in einer anderen Filiale (Ackerhalle) nunmehr Sonntags von 8—9½ Uhr tätig sein muß.

Daß es Arbeitgeber noch besser können wie Herr Landau, zeigt folgender Fall:

Der Generalvertreter der Firma Dr. Max Boemer u. Co., Dircksenstr. 47, kann scheinbar keine Ruhe finden, bevor er nicht mit den gemeinsten Redensarten sein Personal angepöbelt hat. Ein ganzes Lexikon ließe sich von den Kraftausdrücken dieses Herrn zusammenstellen. Seine beliebtesten Ausdrücke sind „polnischer Affenknudel“, „Du bist wohl geck“ (verrückt), „Schwein“ und „Expedient wie'n Pfund Wurst“. Wir überlassen das Urteil über diese beiden Prinzipale der Oeffentlichkeit.

Wir sind der Auffassung, daß man solchen Rüpeln mit derselben Münze sofort heimzahlen muß. Dann werden diese Herren ihren — Miesbacher-Ton sein lassen.

Streiks und Aussperrungen im Reiche

Die Angestellten der Stuttgarter Straßenbahn sind nach Ablehnung des Schiedsspruches mit 1383 gegen 102 Stimmen in den Streik getreten.

Auf den Schieferbrüchen in Schestern in Sachsen-Meiningen hat die Belegschaft in der Kopfstärke von 1300 Mann die Arbeit niedergelegt.

Aus Dresden wird gemeldet, daß die Metallindustriellen am Mittwoch dem Metallarbeiter-Verband ein Ultimatum überreichten, nach welchem die Arbeit bis zum Freitag aufzunehmen sei, widrigenfalls die Unternehmer Aussperrungen in allen Betrieben vornehmen.

Aus Halle a. S. erfahren wir, daß alle Landarbeiter im Mansfelder Kreis in den Streik treten, um den Abschluß eines Tarifvertrages zu erzwingen. Desgleichen sind die Bergarbeiter des Meuselwitzer Braunkohlen-Werkes Mittwoch in den Ausstand getreten, um die Entlassung eines Obersteigers zu veranlassen, der an dem Grubenunglück vom 28. Mai, bei dem durch einbrechende Wassermassen 16 Bergleute den Tod fanden, nicht ganz unschuldig ist.

Kinobesitzer im Bunde mit Zuhältern

Der Kinobesitzer des Biophontheaters in der Münzstraße, Herr Zoch, dessen Betriebe bestreikt sind, hat sich als Rausreißer jetzt — Zuhälter in der Zahl von 15 bis 20 zugelegt, die die Streikposten mit Revolvern überfielen und sie bedrohten. Die Schupo leistete den Ueberfallenen Hilfe und machte den Eigentümer auf seine gesetzwidrige Handlungsweise aufmerksam. Das mit Zuhältern betriebene Kino ist natürlich zu meiden. Diejenigen Kinos, die die Forderungen der Streikenden bewilligt haben, sind durch gelbe Plakate kenntlich gemacht.

Lohnbewegung in den Dampfwäschereien. Die in den Berliner Dampfwäschereien beschäftigten Arbeitnehmer haben zum 1. September ihre Organisation beauftragt, bei den Arbeitgebern eine 50prozentige Lohnerhöhung als Teuerungszulage zu beantragen. Die Arbeitgeber haben diese Forderung und überhaupt jede Verhandlung unter Berufung auf den noch laufenden Tarifvertrag abgelehnt. Da der Tarif nunmehr zum 15. September mit vierwöchiger Frist gekündigt worden ist, beschloß am Dienstag eine stark besuchte Versammlung der Arbeitnehmer in den Dampfwäschereien, eine 40prozentige Lohnerhöhung zu fordern und mit aller Energie für diese Forderung einzutreten. In der Versammlung kam nachdrücklich zum Ausdruck, daß eine Erhöhung der Wäschekosten nicht einzutreten braucht, denn die Preise, die die Herren Wäschereibesitzer fordern, stehen in keinem Verhältnis zu den Löhnen, die sie ihren Arbeitern und Arbeiterinnen zahlen.

Zum Internationalen Textilarbeiterkongreß. In Paris beginnt am 19. September die Tagung des internationalen Textilarbeiterkongresses. Deutschland entsendet nach dem Beschluß des letzten Verbandstages in Breslau 21 Delegierte. Wie wir hören, sind davon 13 Delegierte Mitglieder unserer Partei, während die restlichen 8 Delegierten der S.P.D. angehören.

Gewerkschaftskartell des 15. Verwaltungsbezirks. Am Freitag, den 16. September 1921, nachmittags 4 Uhr, findet im Lokal von Schöps, Niederschöneweide, Grünauer Str. 8, eine Versammlung sämtlicher Betriebe, welche der Ortskrankenkasse Adlershof angeschlossen sind, zwecks Aufstellung der Delegierten zu der am 20. Oktober 1921 stattfindenden Ausschußwahl statt. Hierzu hat jeder Betrieb den Obmann bzw. ein Betriebsratsmitglied zu delegieren.

Steinsetzer und Berufsgenossen. Am Sonntag, den 18. September, vormittags 9½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Saal 1, Engelufer 15, eine gemeinsame Mitgliederversammlung für Groß-Berlin statt. Es wird der Bericht über die Lohnverhandlungen gegeben, deshalb versäume niemand, zu erscheinen.

Arbeitersport

Quer durch Lichtenberg!

Die wohlgelungene Veranstaltung der Freien Turnerschaft Lichtenberg-Friedrichsfelde fand den Beifall der zahlreich erschienenen Zuschauer. In der Stafette der Männer gab es einen schweren Kampf zwischen A. S. C. und Lichtenberg. Beide Mannschaften führten abwechselnd bis zur 6000-Meter-Marke. Hier machte sich A. S. C. frei und zog ab. Fichte-Ost schiebt sich vor auf den zweiten Platz. Die drei letzten Läufer Lichtenbergs wetzten aber diese Scharte wieder aus, indem sie Fichte-Ost überholten und sich dicht an A. S. C. heranschoben. 500 Meter vor dem Ziel entspinnt sich noch ein heißer Kampf. Lichtenberg glaubt noch an Sieg, aber zu spät. Nach schwerem Kampfe müssen sie sich geschlagen bekennen und A. S. C. den Sieg überlassen. In der Klasse der Einzelläufer über die Strecke von 8 Kilometer siegte der außer Konkurrenz startende Richter (Turn- und Sportverein „Sturm“, Annahütte).

Parteiveranstaltungen

Freitag, 16. September

15. Verwaltungsbezirk (Treptow). Abends 7½ Uhr Sitzung der kommunalen Kommission mit den Bezirksverordneten bei Gerhardt in Baumschulenweg, Baumschulenstr. 6. Vortrag des Stadtrats Genossen Schüning. Die Obleute eine halbe Stunde früher.

Vereinskalender

Donnerstag, 15. September

Verband Volksgesundheit. Abends 7½ Uhr große öffentliche Versammlung in der Schulaula, Langestr. 31. Thema: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit.“

Freitag, 16. September

Zentralverband der Angestellten. 7½ Uhr Versammlung aller Mitglieder der Ortsteile Oberschöneweide, Niederschöneweide und Johannisthal in der Aula der Gemeindeschule Niederschöneweide, Berliner Straße. — Berufsgenossenschaften. 7 Uhr öffentliche Versammlung in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. — Chem. Viktoria-Einnehmer. 7 Uhr Mitgliederversammlung im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12. — Textil-Bekleidung, Leder. 7 Uhr Fachgruppenversammlung in den Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Chemische Branche. Gruppen: Chemische Industrie, Verbandstoffe und Chirurgie. Abends 7 Uhr Versammlung in Wilkes Festsälen, Sebastianstr. 39. Tagesordnung: Berichte über die Lohnverhandlungen. Besonders die Kleinbetriebe müssen vertreten sein. Die Branchenleitung. — Verkehrsbund. Abends 7 Uhr Vollversammlung aller in Reichsbetrieben und Verwaltungsbehörden beschäftigten Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes (Deutscher Verkehrsbund) im Dresdener Kasino, Dresdener Str. 96. Tagesordnung: 1. Der vorläufige Abschluß unserer Lohnbewegung in den Reichs- und Staatsbetrieben. 2. Branchenangelegenheiten. — Glas- und Teppichreinigungsbranche. Nachm. 4 Uhr große Branchenversammlung im Englischen Hof, Alexanderstr. 27b. Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission. — Abteilung Kraftfahrer. Elektrodroschkenführer. Morgens 6 Uhr und nachm. 5 Uhr zwei große Versammlungen im Lokal Breihof, Hessische Straße, Ecke Hannoversche Straße. Bericht über die Tarifverhandlung vor dem Schlichtungsausschuß.

Holzarbeiter. Nachm. 4½ Uhr findet im Arbeitslosensaal, Rungestr. 30, eine Versammlung aller Modelltischler aus den Privat- und Kleinbetrieben statt. Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen. Die Branchenleitung.

Soz. Proletarier-Jugend. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung bei A. Krüger, Puttkstraße 10.

Freie Arbeiter-Samariter-Kolonne Neukölln. Heute beginnt der neue Lehrkursus über „Erste Hilfe bei Unglücksfällen oder plötzlichen Erkrankungen“ in der Schule Thomasstraße (Zeichensaal). Personen, welche das 17. Lebensjahr erreicht haben, können daran teilnehmen.

Arbeiter-Abstinenten-Bund, Ortsgruppe Berlin. 7 Uhr Vortrag des Genossen Mayer über Sowjetrußlands Kampf gegen den Alkohol, in der Oberrealschule, Niederwallstr. 12. Gäste willkommen.

Mietervereinigung Spandau, Bezirk Alt- und Neustadt. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in Semades Festsälen, Schönwalderstr. 58-59.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Lieblchütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Kudner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Romeriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Alles in den Schatten stellend sind unsere Preise trotz gewaltiger Warensteigerung!
Schlüpfer, Paletots, Anzüge, Cutaways
aus erstkl. Maßstoffen, Roßhaar-Selbstverarbeitung, prachtvoller Sitz . . . . . . 400, 500, 600 Mark
Kreuzfüchse Silber-, Zobel-, Alaskafüchse, Sealmäntel, Geh- und Sportpelze 50 Prozent billiger als im Laden.
Leihhaus Brunnenstraße 5 (Rosenthaler Platz)
Fahrgeld-Vergütung — Keine Lombardware

Rauchtabak Pfund 16 Mark
Holländer . . . 20 M.
Schwarz. Krausen 22 M.
Portoriko . . . 23 M.
Gold Shag . . . 27 M.
Rund Große Hamburger Straße 1. 1

Kapitän-Kautabak einmal geprobt — immer gekauft. Feinster Geschmack; stets frisch. Zu kaufen in den Zigarrengeschäften usw. Neue Verkaufsstellen erhalten Generalvertrieb C. Fischer, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Kgst. 5881)

Zur **Jugendweihe**
Einladungskarten
Glückwunschkarten
Geschenkwerke
für die schulentlassene Jugend mit gediegenem Inhalt in wirklich vornehmer Ausstattung
Zu beziehen durch die
Exped. der „Freiheit“
Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Achtung! Händler und Wiederverkäufer! Kantinen und Vereine!
Tafel-Schokolade, 100-, 50- u. 25 g, Streifen, Silberwellen, Marzipan-Stangen, direkt ab Fabrik, G. Freund & Co., N 37, Schwedter Str. 253 (Nähe Schönhauser Tor).

Säle frei! für Festlichkeiten u. Versammlung. zu soliden Preisen Kellers Festsäle, Koppenstr. 29 Inhaber: Gustav Samatzki

Putze mit Schuhputz von Carl Sauber & Sohn so findet man durch Sparsamkeit seinen Lohn.

KOGNAK
Reiner Weinbrand M. 42.00
Allasch zuckerg. 44% „ 50.00
Stonsdorfer 32% „ 40.00
Restaurateure
Weinbrand Liter M. 45.00
Sämtliche andere Spirituosen, Weißwein, Rotwein, Sekt billigst.
Zigaretten, Zigarren, Tabak zu Fabrikpreisen.
Schlaraffia Berlin
Münzstr. 2, Turmstr. 80, Potsdamer Straße 26 b, Weißenburger Str. Ecke Franseckystr.

Soeben erschienen!
Rosa Luxemburg Karl Liebknecht Leo Jogisches
Ihre Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie
Eine Skizze von Karl Kautsky
Preis 2.00 Mark
Buchhandlung „Freiheit“ / Berlin C2 Breite Str. 8-9

Billige an Wald und Wasser gelegene **Parzellen in Heiligensee** bei Tegel.
Sehr guter Boden. In jeder Größe.
Anzahlung von M. 500 an. Günstige Abzahlung. Auskunft: Terraingesellschaft Heiligensee, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 28. Tel.: Norden 716 / In Heiligensee im Bureau oder bei Lamprecht, Restaurant Rotkäppchen, Heiligensee, Kirschallee. Teilstr. d. Tegel-Heiligens. Straßenb.

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9
Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Kreuzfüchse 85.—. Sämtliche Pelzarten, Hälfte herabgesetzte Sommerpreise, entzückende Damenmäntel. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203-4, Ecke Rosenthaler Straße.

Anzüge 250.—, Gummimäntel 265.—, Hosen 45.—, Cutaways, Gehrockanzüge, Ulster, Paletots, Raglans staunend billig, entzückende Damenmäntel. Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203-204, Ecke Rosenthaler Straße.

Bettwäsche billig! Lagerräumung wegen Umbau. Preise enorm herabgesetzt. Deckbettbezug 45.—, Kissen 14.50, Laken 24.—, Inletts 95.—, Wäschestoffe, Handtücher Engrospreise. Reelle fachmännische Bedienung. Wäschefabrik Gräfestraße neunundzwanzig (Hasenheide). Geöffnet bis 7.

Einzelräder, Leiterwagen, Kastenwagen, Rungewagen, Magazinkarren billigst, Fabrik Dresdener Straße 55.

Grünau. Grünau. Herren-Anzüge nach Maß von 750.— an. Blaue Anzüge 900.— an. Große Auswahl in Ulstern, Paletots und Cutaways. Köhn & Schmidt, Grünau, Friedrichstraße 27a. I.

Kreuzfüchse! 100.—. Zobelfüchse! Blaufüchse! Silberfüchse! Seltene Gelegenheiten! Sensations-Sommerpreise! Anzüge! Hosen! Uhren! Goldwaren! Sportpreise! (Keine Versatzware) Fahrvergütung! Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahnhof-Hochbahnhof)

Leihhaus Friedrichstr. 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, Hosen, Kreuzfüchse, Silberfüchse, Alaskafüchse. Keine Lombardware.

Zobel, Skart, Silberfüchse in jeder Preislage zu Engrospreisen. Pelzhaus Jägermann, Oranienstraße, Eingang Prinzessinnenstraße 14, am Moritzplatz

Staunenerregend! Rotfüchse 60.—, Kreuzfüchse 75.— Mark an! Alaskafüchse! Silberfüchse! Zobelfüchse! Skunkse! Iltisse! sowie alle anderen Pelzarten! Riesenauswahl! Keine Versatzwaren! Alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Spezial Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Str. 7.

Möbel

Kleiderschränke, Vertiko, englische Bettstellen, Sofas, Ausziehtische, Stühle, Sofaumbau, Büfetts, Schreibtische, Bücherschränke, ganze Schlafzimmer, Wohnzimmer, Küchen außergewöhnlich billig. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Weinbergsweg).

Einrichtungen äußerst billig. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Sofas, Ruhebetten, Einzelmöbel. Kerkau, Petersburger Str. 41. Zahlungserleichterung.

Sofaumbau 650.—, Chaiselongues 200.—, Auflagematratzen, Patentmatratzen 110.—. Walter, Stargarder Straße 18.

Chaiselongues 100.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderbettstelle. Weicke, Augustastr. 32a, Lugb.

Teilzahlung, bequemste An- und Abzahlung. Spezialität Stube und Küche, einzelne Möbel. Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit. Görisch, Stralauer Platz 1-2, Ecke Fruchtstr. (Schles. Bahnh.)

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Fahrräder

Radreparaturen schnellstens. Schlawe, Weinmeisterstraße 4.

Kaufgesuche

Schellack, Leim, Firniß usw. sucht Farbenhaus Neue Königstraße 87. Königst. 3091.

Feldstecher, Operngläser, Photoapparate kauft DWZ Oranienstraße 138.

Pistolen, Prismengläser kauft zu höchsten Preisen Kiekstein, Linienstraße 60.

Kokoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen Platin, Gold-, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik, Brunnenstraße 168.

Velourstepptiche, andere Diwandecken, Läufer, Schulmann, Winterfeldtstr. 32, Kurfürst 4079.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Strausberger Straße 44.

Arbeitsmarkt

Frau für Hausarbeit (Nachmittag) gesucht. Melden 3—5 Uhr. Grubbenkammerstraße 16, Gartenhaus II, r.

Verschiedenes

Die gegen Fräulein Kamann ausgesprochenen Beleidigungen nehmen wir hiermit zurück. Frau Schröter, Frau Schulz.

Jeder Betriebsrat muß die Schrift von Rud. Hilferding „Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen“ lesen. Preis 3.— Mk. (Porto extra). Zu beziehen durch Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Inserate

für die **Abend-Freiheit** müssen spätestens bis 9½ Uhr vormittags für den darauffolgenden Tag bis 4 Uhr nachmittags bei der Expedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, eingeliefert sein.